Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Abonnementspreis
für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen Postanstalten auf den 2. und 3. Monat, und auf den 3. Monat besonders angenommen; im Königr. Sachsen und Herzogth. Sachsen-Altenburg auch auf den 1ten Monat des Quartals à 54 Pfg.

Inserate
betr. Versammlungen pr. Petitzeile 10 Pf., betr. Privatangelegenheiten und Feste pro Petitzeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen.
New-York: Soz.-demokr. Genossenschaftsbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: P. Hoß, 630 North 3rd Street.
J. Voß, 1129 Charlotte Str.
Hoboken N. J.: F. A. Sorge, 215 Washington Str.
Chicago: A. Lansemann, 74 Clybourne Ave.
San Francisco: F. Erb, 418 O'Farrell Str.
London W.: C. Hinze, 8 New Str. Golden Square.

Nr. 125. Mittwoch, 24. Oktober. 1877.

Das Resultat der Wahlen in Frankreich

hat alle Phantasie- und Illusionspolitiker, die eine zauberschnelle Entscheidung, die unmittelbare scharfe Durchschneidung des Knotens erwarteten, auf's Bitterste enttäuscht, mußte aber von Jedem, der, statt in Wolkenkukuksheim herumzuschwärmen, sich die Dinge und Menschen betrachtet, vorausgesehen werden.

„Hie Präsident, hie Kammer!"

„Hie Lulu's Pionier, hie die „363" „Republikaner"!

„Einer von beiden Theilen muß weichen: se démettre ou se soumettre — das Feld räumen oder sich unterwerfen. Entweder — Oder — ein Drittes giebt es nicht!" — Das war so der Gedankengang, in den sich unsere Phantasie- und Illusionspolitiker, zu denen sich diesmal ergötzlicherweise die Stipendiaten des Berliner Reptilienfonds gesellten, mit wahrer Todesverachtung hineingearbeitet hatten.

Und es kam anders.

Nein: Entweder — Oder, sondern das unvermeidliche Dritte. Wir sagen: das unvermeidliche. Das Entweder — Oder setzte die Möglichkeit des Staatsstreichs auf der einen, des bewaffneten Widerstandes auf der anderen Seite voraus. Und die eine wie die andere Möglichkeit ist noch nicht vorhanden. Noch nicht.

Wozu jetzt ein Staatsstreich? Mac Mahon ist gleich allen monarchischen oder unmonarchischen Regenten in den modernen Klassenstaaten nichts anderes als der Ausdruck der herrschenden Klasse, die sich in Frankreich in verschiedene Parteien spaltet: Anhänger der „alten" und der „jungen" Dynastie (Bourbonen und Orleans — Legitimisten und Orleanisten); Anhänger des cäsaristischen Säbelregiments (Bonapartisten) und endlich Republikaner, d. h. Solche, die theils (und zwar ist das eine verschwindende Minorität) aus Ideologie die Republik an sich für die beste Staatsform halten, theils (und das ist die überwältigende Majorität — denn die Ideologie wird durch den „krassen Materialismus" der Bourgeoiswirthschaft in allen, nicht ganz besonders angelegten Schädeln erdrückt) aus Nützlichkeitsgründen unter den gegenwärtigen Verhältnissen für die Republik sind, als „diejenige Staatsform, welche uns am wenigsten spaltet."

Die Anhänger der alten Dynastie können wir von vornherein aus dem Spiel lassen; sie vertreten auf kirchlichem, staatlichem und wirthschaftlichem Gebiet überwundene Standpunkte und sind die Donquixote's der Reaktion, welche hinter Gespenstern der Vergangenheit herjagen und von keinem ernsthaften Menschen ernst genommen werden.

Mehr Bedeutung haben die Orleanisten, deren Einfluß in den Handels- und Industriestädten ein nicht unbeträchtlicher, auf dem Land aber gleich Null ist. Die Orleanisten sind Bourgeois — vor dreißig Jahren waren sie die Bourgeoisie, natürlich die französische. Louis Philippe war ihre „beste Republik".

Seit dem Sturze des Julithrons (Februarrevolution) hat sich aber eine große Umwälzung in den politischen Anschauungen der französischen Bourgeoisie vollzogen. Die Junischlacht trieb ihr den Liberalismus aus, erst warf sie sich vor dem Säbel: Cavaignac nieder, dann vor dem Säbel: Bonaparte. Der Säbel sollte sie schützen gegen die Vorkämpfer der „neuen Welt", gegen den Ansturm der „Hunnen" des Sozialismus.

Bonaparte's Thron ging am 4. September aus den Fugen, — der deutsche Säbel hatte den französischen zerbrochen. Der dritte Bonaparte, der falsche Neffe des Onkels, hatte sich unfähig gezeigt, den staats- und gesellschaftsretterischen Säbel zu führen — was war mit dem Jämmerling anzufangen? Die Bourgeoisie weinte ihm keine Thräne nach. Doch die Ereignisse jagten einander so im Sturm, und so gewaltige, erschütternde, weltbewegende Ereignisse, daß die Bourgeoisie nicht zur innern Sammlung kam.

Dem Krieg und seinen Katastrophen folgt die Tragödie der Commune. Da steht es wieder leibhaft, riesengroß, um's Doppelte und Dreifache gewachsen: das „spectre rouge" — das sozialistische Proletariat, die proletarische Revolution. Und diesmal kein Bonaparte da, kein Mann des Staatsstreichs, kein Mann des Säbels! Doch es ging. Die „Republik" that ihre Schuldigkeit, der Geschichtschreiber Napoleon's des Großen schnallte den staats- und gesellschaftsretterischen Säbel Napoleon's des Kleinen um, für die nöthigen „wunderthätigen" Chassepots sorgte Freund Bismarck, und — den Rest kennen wir. Die „Republik" arbeitete gründlich — weder das Königthum, noch das Kaiserreich hatte ja auch nur halb so gründlich gearbeitet: 100,000 Arbeiter massakrirt — dagegen waren die Leistungen der Cavaignac, Bonaparte und Consorten miserables Gestümper!

Es lebe die „Republik", die so famos mit der Commune aufgeräumt hat, es lebe Thiers, der gesellschaftsretterische Arm der „Republik", der das Schwert gegen die Commune geschwungen!"

Die Masse der Bourgeoisie, den Oberorleanisten Thiers an der Spitze, bekehrte sich zum „Republikanismus" — bis auf Weiteres, das heißt, so lange die Republik die Magd der Bourgeoisie, die Henkerin der Feinde der Bourgeoisie ist. Die übrigen Bourgeois — die Minderheit — sind entweder zum Orleanismus zurückgekehrt, oder im Lager des Bonapartismus geblieben, weil sie an die Nothwendigkeit eines „strammen Regiments" glauben.

Die republikanische Bourgeoisie bildete das Gros der „363".

Man sieht sofort, daß ein prinzipieller Gegensatz zwischen ihr und den Anhängern Mac Mahon's nicht besteht. Von den Orleanisten wie von den Bonapartisten unterscheiden sich die „republikanische" Bourgeois blos durch Opportunitätsrücksichten; gleich den orleanistischen Bourgeois werden sie mit Inbrunst die bonapartistische Säbeldiktatur umfassen, wenn ihnen der Moment gekommen scheint, das heißt wenn die sozialistische Bewegung ihnen das erforderliche Quantum von Furcht einflößt.

Wir sagten zu Anfang: „die beiden Möglichkeiten, welche das Entweder Oder voraussetzt, die Möglichkeit des Staatsstreichs und die des bewaffneten Widerstandes sich noch nicht vorhanden."

Der Staatsstreich, wir meinen „die gewaltsame Beseitigung der Republik, und die Einführung der Säbeldiktatur liegt vor der Hand nicht im Interesse der herrschenden Klassen; die „Republik" ist ihnen, selbst den Monarchisten, jetzt noch die beste, die bequemste, die sicherste Staatsform; die herrschenden Klassen haben deshalb auch keinen Moment an einen Staatsstreich gedacht, und Alles, was die monarchistische Bourgeoisie mit dem 16. Mai beabsichtigte, was die Verhinderung gefährlicher demokratischer Experimente, die dem Sozialismus zu Gut gekommen wären.

Nicht minder unmöglich ist bislang die andere Möglichkeit: die des bewaffneten Widerstandes.

Nur eine Klasse schlägt sich heutzutage: das Proletariat, und das französische Proletariat ist gegenwärtig nicht im Stand sich zu schlagen — das unterliegt nicht dem mindesten Zweifel.

Unter solchen Verhältnissen konnte am 14. d. M. von einem Entweder — Oder nicht die Rede sein. Mac Mahon hat insofern seinen Zweck erreicht, als die neue Kammer einen conservativeren Charakter trägt, und da dies im Interesse der gesammten Bourgeoisie, der „republikanischen" so gut wie der nicht republikanischen liegt, so wird der „Compromiß", von dem schon die Spatzen auf dem Dach zwitschern, ohne erhebliche Schwierigkeiten zu Stand gebracht werden.

Also kein Staatsstreich?

Noch nicht.

Die Republik der Privilegirten, die Bourgeoisrepublik kann ihrer Natur nach nur ein Provisorium, nur ein Uebergangsstadium sein. Die Enterbten, das Proletariat, sind durch das eherne Muß des Hungers und Elends zum Kampf gegen die Privilegien gezwungen; und die unerbittliche Logik der Thatsachen will, daß die Männer des Privilegs gerade durch Ausbeutung ihrer Privilegien die Schaar der Enterbten verstärken, welche die Privilegien zerstören müssen, wenn sie nicht untergehen wollen. So läßt die sozialistische Bewegung sich nicht hemmen; im Gegentheil: ihre Feinde selbst sind genöthigt, sie zu fördern. Sie wird sich weiter und weiter entwickeln, bis es nur noch zwei Parteien gibt: die Partei des Privilegs und die Partei der Gerechtigkeit —

hier Sozialisten, dort „die reaktionäre Masse".

Merkt letztere, daß es ihr, d. i. dem Privileg an den Kragen geht, dann wird sie, falls ihr im Auflösungsprozeß der Gesellschaft der Muth nicht entschwunden ist, zum Staatsstreich greifen, sich dem ersten besten abenteuernden Lumpacius in die Arme werfen, der gewissenlos und hartgesotten genug ist, um die blutige, schmutzige Arbeit der „Gesellschaftsrettung" zu übernehmen.

Und dann?

Je nun — dann stehen die Rudera der „363", mit höchstens 3 oder 4 Ausnahmen, auf Seiten des „Staatsstreichs", und auf der anderen Seite, „bewaffneten Widerstand" leistend, steht das sozialistische Proletariat.

Hier Säbeldictatur, dort die rothe Republik.

Was dazwischen liegt, ist keinen Schuß Pulver werth.

Die Motive des Sozialismus.

Ein Wort wider „christliche" Beschuldigungen von F. R.

(Fortsetzung.)

Die Ungleichheiten in Anlagen und Kräften sowie die in Lage und Klima liegenden wollen auch wir nicht gleich machen; weil wir es nicht könnten, auch wenn wir wollten. Aber es giebt noch eine Ungleichheit, die man abstellen kann, weil sie vom Menschen erst gemacht ist — die soziale Ungleichheit. Hier werfen Sie uns nun wiederum vor, wir wollten eine völlig gleichmäßig Vertheilung aller Güter und Lebensgenüsse. Einen Beweis für Ihre Behauptung haben Sie nicht; sie beweist aber uns, daß Sie nicht wissen, was wir wollen. Diese Ihre zweite Behauptung ist gerade so richtig wie Ihre erste.

Was wir wollen, Herr Pfarrer ist — und ich hoffe, dies wollen Sie auch — eine möglichst gerechte Vertheilung aller Güter und Lebensgenüsse, wie sie dem genannten Prinzip der Rechtsgleichheit entspricht; hier tritt nun wieder genannter Unterschied zwischen Ihnen und uns hervor. Sie glauben, wie ich annehmen darf, daß die Gütervertheilung heute im Großen und Ganzen eine gerechte ist; daß zwar mancherlei und grobe Mißstände vorhanden sind; daß diese aber in der menschlichen Schwäche und Sündhaftigkeit begründet liegen und daher nie aufhören werden, so lange Menschen da sind; und daß dieselben, wenn einmal das echte Christenthum, wie Sie es verstehen, tiefer in die Menschen eingedrungen sein wird, mehr und mehr schwinden müssen. Wir dagegen sind der durch wissenschaftliche Forschung wohlbegründeten Ueberzeugung, daß gerade das Prinzip, die innerste treibende Kraft unseres Gesellschaftsorganismus mit Nothwendigkeit die jetzigen, und mit der Zeit noch weit größere, Mißstände produciren muß; daß zwar nie alle menschlichen Schwächen aufhören werden, daß aber eine gründliche Besserung nur von einer radikalen Aenderung in unserer jetzigen Gesellschaftsordnung erwartet werden darf. — Wir erklären diese für vergeblich und wollen die Revolution. Erschrecken Sie nicht, Herr Pfarrer, und denken Sie nicht an „Petroleum"! Revolution, sagt Lassalle, heißt Umwälzung (nicht Umsturz, Herr Pfarrer!), und eine Revolution ist somit stets dann eingetreten, wenn, gleichviel ob mit oder ohne Gewalt ein ganz neues Prinzip an die Stelle eines bestehenden Zustandes gesetzt wird. (Lassalle, Die Wissenschaft und die Arbeiter, S. 38.) Wir perhorresciren aber, im Gegensatz zu den Anarchisten, eine gewaltsame Revolution; weil wir einsehen, daß, da in einem solchen Fall die Massen nicht genügend aufgeklärt sein würden, der Erfolg problematisch, die Opfer ungeheuer wären, während dagegen nach genügender Aufklärung der Massen der Sozialismus uns als reife Frucht wahrscheinlich zwanglos in den Schooß fallen wird. Was wir wollen ist das, was F. Lassalle (Indirekte Steuern, S. 113) ausspricht: Sie glauben nicht an die Revolution und wollen sie daher verhindern; wir glauben an die Revolution, und wollen sie im voraus humanisiren, civilisiren.

Warum glauben wir an eine herannahende Revolution? — Weil wir einsehen, daß die Prinzipien unserer sozialen Ordnung nicht mit den dem Volk in Fleisch und Blut übergegangenen Rechtsprinzipien übereinstimmen, und daß die Erkenntniß dieser Nichtübereinstimmung immer allgemeiner wird.

Die Prinzipien unseres Rechtsbewußtseins, wie es heut zu Tage gültig ist, beruhen auf dem Gedanken, daß Jedem das Seine zu geben sei, daß Keiner das Recht habe, seine Freiheit auf Kosten der Freiheit anderer auszudehnen. „Jede Handlung ist recht, die, oder nach deren Maxime die Freiheit der Willkür eines Jeden mit Jedermanns Freiheit nach einem allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann. Wenn also meine Handlung oder überhaupt mein Zustand mit der Freiheit von Jedermann nach einem allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann, so thut der mir Unrecht, der mich daran hindert, denn dieses Hinderniß kann mit der Freiheit nach allgemeinen Gesetzen nicht bestehen." (Kant, Metaphysik der Sitten; Einl. § C.) Das Objekt des Rechtsbegriffs ist „eine Gemeinschaft zwischen freien Wesen als solchen." (Fichte, Grundl. des Naturrechts, Einl. II. 4.) „Jeder, so gewiß er sich dem Rechtsgesetze unterwirft, muß seine Freiheit durch die Freiheit eines andern beschränken, sobald er einen Freien außer sich erkennt." (Ebenda § 12, 1b.)

Diese Rechtsideen sind, wie Sie zugeben müssen, so in Fleisch und Blut bei unseren Zeitgenossen übergegangen, daß es kaum Jemand wagen wird, sie in ernsthaft theoretischer Auseinandersetzung direkt anzutasten. Die Erkenntniß, daß die Sklaverei unsittlich sei, hat die Sklaverei aufgehoben, und ebenso ging es mit der Leibeigenschaft. Die Aufhebung konnte aber erst stattfinden, nachdem diese Erkenntniß breite Massen der Bevölkerung durchdrungen hatte, nachdem also der betreffende Zustand dem Bewußtsein unsittlich und damit, da von Unsittlichkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn der Mensch weiß, was unsittlich ist, erst in Wahrheit unsittlich geworden war. Nun aber hat das Bewußtsein, daß die äußere Freiheit, in der man die Menschen sich gegenüberstellte, keine Garantie für die prinzipielle Verwirklichung jener Rechtsbegriffe zu bieten vermöge, in unserer Zeit an Breite und Tiefe gewonnen; und die Erkenntniß wird immer stärker, daß in den praktischen Prinzipien, in denen wir leben, die ganze Unsittlichkeit und Ungerechtigkeit vergangener Perioden versteckt liege.

Einige Beispiele sollen das erklären: In einem Land sind rund 10 Millionen Steuerzahler. Von diesen leben 90 pCt. ausschließlich oder fast ausschließlich vom Ertrag ihres Geschäfts, ihres Amtes, kurz ihrer Arbeit, und 10 pCt. haben über ein zinsabwerfendes Kapital in einigermaßen erheblichem Betrag zu verfügen. Die direkten Steuern mögen sich auf 10 Mark pro Steuerzahler, also auf 100 Millionen Mark belaufen. Zu diesen Steuern sollen die 90 pCt. Nichtbesitzenden 60 pCt. und die Besitzenden 40 pCt. beitragen. — In Wirklichkeit, Herr Pfarrer, sind die Verhältnisse für die Nichtbesitzenden noch weit, weit ungünstiger; indeß es gilt hier nur an einer allgemeinen Formel das in unserer Rechtsordnung herrschende Bewegungsprinzip zu veranschaulichen. In unserer Formel würden also die Aermeren 60 Millionen, die Reicheren 40 Millonen steuern. Nun will der Staat — ich will annehmen, nur zu produktiven Zwecken, zur Erbauung von Eisenbahnen, Stromcorrectionen, Drainirungsanlagen, Schulbauten u. dgl. eine Anleihe aufnehmen. Er nimmt nach und nach soviel auf, daß er schließlich 2000 Mill. Staatsschulden hat — die meisten großen Staaten haben unendlich viel mehr und diese meist nicht zu produktiven Zwecken contrahirt. Von den deutschen Staaten haben Preußen, Baiern, Württemberg und Baden zusammen bereits weit über 2000 Millionen Schulden, Oesterreich hat 8000, Großbritannien gar über 15,000 Millionen Mark. — Diese Summe von 2000 Millionen kann nur dargeliehen werden von den 10 pCt. Bemittelten. Sie könnten entgegnen, daß auch außerhalb des Landes eingezahlt wird; indeß da unser Land ein Durchschnittsland sein soll, so verschlägt es für unsern Nachweis nichts, wenn wir sagen: Was auswärtige Kapitalisten in unseren Staatspapieren anlegen, hebt sich gegen das auf, was unsere Kapitalisten in auswärtigen Staatspapieren besitzen. Wir dürfen also theoretisch annehmen, es sei alles von einheimischen Kapitalisten eingezahlt. Diese verlangen einen Zins, und der landesübliche Zins sei 5 pCt. So müssen nun außer den ursprünglichen 100 Millionen Steuern neue 100 Millionen für Zinsen aufgebracht werden. Danach werden, wenn der Vertheilungsmodus derselbe bleibt, von den unbemittelten Klassen 120 Millionen, von den bemittelten 80 Millionen aufgebracht werden müssen, von einer Amortisation des Kapitals ganz zu schweigen. Die Bemittelten streichen aber in Zinsen 100 Millionen ein, das heißt mit andern Worten, die unbemittelten Klassen haben 1) die ganze frühere Steuer der Reichen; 2) die ganze neue Steuer derselben, und 3) 20 Millionen Prämie auf indirektem Wege an die Reichen zu zahlen und haben im günstigsten Fall die gleichen Vortheile wie jene. Ist Ihnen dies klar, Herr Pfarrer? Ich will's Ihnen

von einer anderen Seite nahe legen. Das sehen Sie ein, daß, wenn der Staat jene Summe von 2000 Millionen besessen, etwa als Erübrigungen im Lauf der Zeiten zurückgelegt gehabt hätte, jene Steuererhöhung nicht eingetreten wäre, da die Nothwendigkeit der Zinszahlung dann fortfiele; diese Nothwendigkeit ist also an den zufälligen Besitz oder Nichtbesitz geknüpft. Da nun der Staat als Abstraktum das Geld nicht erarbeiten kann, sondern dies seine Bürger für ihn thun müssen, so sind diese verbunden, das für gemeinschaftliche Zwecke nöthige Geld aufzubringen, und rechtlich so, daß alle einen ihren Kräften entsprechenden Theil dazu aufbringen. Wenn aber in irgend einer Form von allen Bürgern das Geld für die gemeinsamen Zwecke aufgebracht wird, und ein Theil derselben darf es wieder aus der gemeinsamen Kasse für seine Privatzwecke nehmen, so ist offenbar die Rechtsgleichheit prinzipiell aufgehoben; denn eine geringe Zahl von Bürgern fordert auf die zufällige Thatsache des Besitzes hin ein Privileg für sich. — Da nun alle Geldleistung die Versinnbildlichung einer gewissen Menge von Arbeitsprodukten ist, so zieht eine Minderzahl von Bürgern auf Grund des zufälligen Besitzes einer Geldsumme Jahr aus Jahr ein einen Theil der von andern erworbenen Arbeitsprodukte an sich. Es ist im Wesen unleugbar gleich, ob eine Anzahl von Männern auf Grundlage des bloßen Besitzes einer anderen Anzahl von Männern gebieten darf: Gebt uns für zwanzig Millionen Eures Arbeitswerthes im Jahr und bestreitet allein die Kosten unseres Gemeinwesens; oder ob diese Männer auf Grundlage ihres bloßen Besitzes eine Forderung an den Staat stellen dürfen, dessen Effect genau auf das Gleiche herauskommt. Der Unterschied zwischen der Feudalzeit und der jetzigen besteht demnach blos darin, daß der Frohnder früher wußte, wem er frohndete, während der Feudalherr jetzt ein unaufhörlich den Besitzer wechselndes todtes Kapital ist. (Forts. f.)

Sozialpolitische Uebersicht.

— **Während der Moloch** des Militarismus auf dem Kriegsschauplatz in Armenien und Bulgarien seine Opfer zu Hunderttausenden verschlingt, ist er in unserm friedengesegneten Deutschland auf etwas schmalere Kost gesetzt, aber er weiß sich doch seine Opfer zu fangen und verschlingt Menschen unablässig, unerbittlich, unersättlich. Da liegt sie wieder vor uns, die schwarze Liste, die allmonatlich mit verzweifelter Pünktlichkeit durch die Presse geht:

„Nach dem im Kriegsministerium für den Monat August d. J. zusammengestellten Hauptbericht der **Kranken des preußischen Heeres**, des königlich sächsischen und württembergischen Armeekorps befanden sich 24,591 Mann in militärärztlicher Behandlung; es sind dies 6,„ Prozent der Effektivstärke. Unter eben dieser Behandlung starben 87, wovon die Mehrzahl, nämlich 19, am Unterleibstyphus und 18 an Lungenschwindsucht, aber auch **fünf am Hitzschlag**, 2 an Herzleiden, 6 an Ruhr. Daneben sind 5 **verunglückt**, worunter 3 durch **Schußverletzung** und 1 bei einem **Selbstmordversuche**. Mit Hinzurechnung der nicht in militärärztlicher Behandlung Verstorbenen sind im Heere im Ganzen noch 51 Todesfälle vorgekommen, davon 7 durch Krankheiten, 19 durch **Verunglückung**, 25 **durch Selbstmord**, so daß das Heer überhaupt 138 Mann durch den Tod und darunter **beinahe ein Fünftel der Gesammtzahl durch Selbstmord** verloren hat."

Das sind beredte Zahlen: **fünfundzwanzig** durch Selbstmord, **einer** durch einen Selbstmordsversuch (!), **fünf** durch Hitzschlag (todtmarschirt), **drei** durch Schußverletzungen — das ist genug für einen Friedens-Monat! Und wie viele von den **Anderen**: von den an Lungenschwindsucht, Herzleiden, Ruhr, Unterleibstyphus sind direkt und indirekt auf das Conto des Militarismus zu setzen? Mindestens die größere Hälfte. Man sieht, Moloch hat sich auch bei uns nicht zu beklagen!

— **Wo steckt der Irrthum?** Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 121 des „Vorwärts" einen Leitartikel, in welchem der Antrag der Frankfurter Staatsanwalts **Kunitz**, des bekannten Sozialistenbekämpfers, unserm Parteigenossen Schäfer wegen Majestäts- und Feldwebelbeleidigung die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren abzuerkennen, kritisirt und als ein Verstoß gegen das Strafgesetzbuch bezeichnet wurde. Wir waren aber bei der großen Schwere des staatsanwaltlichen Irrthums noch in Zweifel, ob der Antrag auch wirklich derart gestellt worden war. Unser Frankfurter Parteiorgan, indem es unsre Anschauungen recapitulirt, erklärt nun auf das Unzweideutigste, daß der Staatsanwalt den Rechtsirrthum begangen und somit wirklich eine bedeutende Gesetzesunkenntniß an den Tag gelegt hat. Merkwürdig — auch dem Sozialistenverfolger Tessendorff passiren mitunter eigenthümliche Sachen; diese Herren haben in ihrem Uebereifer sehr großes Pech.

— **Aus Plötzensee.** Der bekannte Direktor des Strafgefängnisses zu Plötzensee hat von einem Inhaftirten kürzlich folgendes Schreiben erhalten:

„Hochzuverehrender Herr Direktor! Der gehorsamst Unterzeichnete glaubt keinen Anstoß zu erregen, wenn er Ew. Hochwohlgeboren den unmaßgeblichen Vorschlag unterbreitet,

„daß die für Häftlinge des Plötzenseegefängnisses einlaufenden Briefe von dem diese Briefe perlustrirenden Beamten wieder unter Verschluß gebracht und also dem Adressaten eingehändigt werden, nicht aber, wie derzeit Brauch, die offenen Briefe durch die Hände des subalternen Beamtenpersonals gehen,

„daß ferner in ähnlicher Weise mit den diesseits zur Aufgabe gelangenden Briefen der Häftlinge verfahren wird."

Die Nothwendigkeit der Briefkontrole vollumfänglich voraussetzend, bin ich doch der unmaßgeblichen Meinung, daß diese Kontrole durch einen bestimmten Beamten hinreichend geübt werden kann und geübt wird, während die bloße Möglichkeit, daß die privaten Mittheilungen der etwaigen Neugierde offen liegen, meines Erachtens den Feinfühligen empfindlich verletzt, ohne daß hierfür ein öffentliches Interesse vorliegt. Ich bin ꝛc.

N. N."

Wie Berliner Blätter melden, hat Herr Direktor Wirth keinerlei Veranlassung genommen, den in obigem Briefe ausgesprochenen gerechten Ansprüchen zu willfahren. So ein „Mustergefängniß" darf keinerlei Aenderungen eintreten lassen, es würde ja sonst seinen guten Ruf verlieren.

— **Zum Culturkampf.** Die „Germania" berichtet: „Die königliche Regierung hat dem bereits in vierter Wahlperiode wiedergewählten Bürgermeister **Wulff** zu **Arnsberg** die Bestätigung versagt. Derselbe wurde von den Stadtverordneten, welche neben einer Mehrheit Katholiken auch aus Protestanten und Liberalen bestehen, **einstimmig** wiedergewählt. Trotzdem ist er der königlichen Regierung nicht genehm, weil er eben der Richtung der Centrumspartei angehört. — Wir können selbstverständlich nicht alle derartigen Nichtbestätigungen registriren, doch macht der vorliegende Fall eine bezeichnende Ausnahme, weil der Bürgermeister Wulff auch das Vertrauen der Liberalen in städtischen Angelegenheiten zu besitzen scheint und damit jeder Grund der Nichtbestätigung fortfällt. Der Fall wird von der Centrumsfraktion im preußischen Abgeordnetenhause zur Sprache gebracht werden.

— **Aus der Schweiz** schreibt man uns d. d. 18. Okt.: Nächsten Sonntag hat das schweizerische Volk zur Urne zu treten und über das vielgenannte, unter heftigen Wehen und heißen Kämpfen geborne **Fabrikgesetz abzustimmen**, den ersten Schritt des Staates gegen die gewissenlose Ausbeutung der arbeitenden Klassen. Licht und Luft führt das Gesetz in die dumpfen Arbeitsräume und Garantien für Gesundheit und Leben gewährt es den Arbeitern. Es nimmt sich der Frauen und Kinder an, verbietet im Princip die Nachtarbeit, gestattet dem Arbeiter seinen Feiertag und ein wenig Erholung nach eilfstündigem mühevollem Tagewerk. Das Gesetz enthält manche Mängel, viele Wünsche unserer schweizerischen Parteigenossen sind unberücksichtigt geblieben, unzweifelhaft aber bringt das Gesetz einen großen Fortschritt, wenn dieser auch nur darin bestände, daß der Staat aus seiner beschaulichen Ruhe den Ausbeutern gegenüber getreten und sich des Umstandes erinnert, daß die Arbeiter nicht Sklaven sondern Staatsbürger sind, von deren Wohlbefinden wesentlich das Gedeihen und Blühen des Staates abhängt. — Die schweizerischen Arbeiter sind wie ein Mann für das Gesetz eingetreten. Seit mehreren Wochen betreiben sie eine großartige Agitation für die Durchbringung des Gesetzes, wobei Allen schwere Opfer an Zeit und Geld auferlegt worden sind. Den Gegnern, die sich vorwiegend im liberalen Lager finden, ist jedes Mittel, selbst das verächtlichste und niederträchtigste, recht, das Gesetz, dessen große prinzipielle Bedeutung sie wohl zu schätzen wissen, zu bekämpfen. Mit Mißtrauen erfüllten sie die von ihnen abhängigen Kreise gegen die verhaßte Neuerung und Haß erweckten sie gegen Diejenigen, die der mühevollen Arbeit sich unterzogen, dem Gesetze Freunde zu gewinnen. An einzelnen Orten ist dieser Haß zum rohesten Fanatismus ausgeartet. So kämpfen die Gegner, denen Geld und Macht zur Verfügung steht, mit überlegenen und verwerflichen Waffen, denen die Arbeiter nichts als hingebenden Eifer für die gute Sache entgegenstellen können.

Man steht am Vorabend der Abstimmung. Liberale und Conservative befinden sich auf der einen, Sozialisten und Radikale, zu denen sich in letzter Stunde noch Ultramontane und Protestanten gesellten, die sich der „christlichen Charitas" erinnern, auf der anderen. Die Entscheidung ist ungewiß, da im Punkte der Ausbeutung alles Christenthum aufhört und die ungerufene Bundesgenossenschaft von sehr zweifelhaftem Werthe ist.

Hoffen wir, daß die gewaltigen Anstrengungen unserer schweizerischen Genossen von einem glänzenden Erfolge gekrönt sein mögen. C. L.

— **Die Sklaverei ist in Madagaskar aufgehoben worden.** Dreihunderttausend Sklaven sind frei. Der Erfolg ist hauptsächlich den Bemühungen des britischen Consuls zu verdanken, der im Jahre 1877 durch einen Federstrich beinahe eben so viel erreichte, wie das, wozu im Jahre 1833 eine Parlamentsakte und eine Ausgabe von 20 Millionen an Geld erforderlich war. In jenem Jahre ward in allen britischen Colonien die Sklaverei für ungesetzlich erklärt und im Jahre darauf wurden 770,280 Sklaven freie Leute.

— **Der Waffenerfolg der Russen in Asien** wird von der Rubelpresse in allen Tonarten besungen, als die größte Waffenthat des ganzen Kriegs, als entscheidend mindestens für Asien hingestellt. Das ist eitel Geflunker. Zein Zweifel, **Moukhtar Pascha** ist geschlagen worden und hat den **vierten Theil** seiner Armee verloren, aber wie jetzt festgestellt ist, bestand seine Armee blos aus 30,000 Mann, die von den Russen mit mehr als der doppelten Uebermacht (70,000 Mann) angegriffen wurden. In der letzten Schlacht bei Plewna verloren aber die Russen bekanntlich ungefähr so viel Mann, als die ganze Armee Moukhtar Pascha's zählte. Schon aus diesen Ziffern erhellt, daß der Sieg der Russen bei **Kars** ihre früheren Niederlagen keineswegs auch nur annähernd aufwiegt. Ueberdies sind die Russen durch die späte Jahreszeit an der Ausnutzung des Sieges verhindert, der, vier Wochen früher erfochten, sie **vielleicht** „bis vor die Thore von Erzerum" geführt. Und „vor den Thoren" von Erzerum ist noch nicht in Erzerum, wie das traurige Ende der russischen Invasion im Sommer gezeigt hat.

Inzwischen nimmt der Aufstand im **Kaukasus** fortwährend zu; nach drei russischen Berichten treten die Insurgenten mit förmlichen Heeren von 10 bis 12,000 Mann auf und scheinen einen großen Gebietstheil vollständig zu beherrschen. Inwieweit dieser Aufstand von Einfluß auf den Gang der Dinge in Armenien sein wird, bleibt abzuwarten.

Auf dem europäischen Kriegsschauplatz hat sich die Lage nur insofern verändert, als neuerdings wieder schlechtes Wetter eingetreten ist, das alle größeren militärischen Operationen hindert. Zur Feier des Sieges von Kars wurde ein — Freudenbombardement auf Plewna veranstaltet, und den russischen Soldaten eine Salve von Hurrahs anbefohlen. Wenn das richtig ist, was englische Zeitungscorrespondenten über den Zustand der russischen Armee schreiben, dann wird es den armen Teufeln bei dieser Komödie — der Czar scheint für solche Amüsements zu schwärmen — nicht sonderlich wohl zu Muthe gewesen sein. Diesen Berichten zufolge herrschte die größte Muthlosigkeit und Demoralisation; beim Sturm auf Plewna hätten mehrere Regimenter den Gehorsam verweigert; die Krankheiten räumten entsetzlich auf u. s. w.

Mit den **Bulgaren** ist man im russischen Hauptquartier sehr wenig zufrieden. „Väterchen" und Söhnchen haben sich höchst ungnädig über dieselben geäußert: „Sie sind nicht werth, daß wir uns für sie schlagen!" Und warum dieser Zorn? Weil die Bulgaren, statt ihren „Befreiern", den Russen, als Kanonenfutter zu dienen, zu ihren „Unterdrückern", den Türken, flüchten und diesen, namentlich als Spione, wacker gegen die „Befreier" helfen. Also jetzt erst wäre der „milde Czar" zur Erkenntniß über seine „Befreierrolle" gelangt? Er hätte wirklich die Lügen der Ignatieffs und Consorten, d. h. seiner **eigenen, zum Lügen** bezahlten Agenten geglaubt? Da wäre der Mann ja wirklich zu bemitleiden und mit seinen geistigen Fähigkeiten wäre es noch schlimmer bestellt, als die Fama sagt.

— Wegen „schwerer Beleidigung" der Kircheninspektion in **Auerbach** in Sachsen durch den „Vorwärts" ist unser Mitredakteur **Seiffert** in erster Instanz zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt worden.

Ein Stück Geschichte.

Defension (Vertheidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider **Wander**.

(Vom Justizrath **Robe** (d. d. 9. September 1845.)

(Fortsetzung.)

Von diesem Concept denunzirt Herr Stieber die **gar nicht gesprochene** Stelle: Schlöffel habe „den Fehler, laut zu denken, was Hunderttausende sich in's Ohr raunen". Denn diese Stelle enthalte ein lobendes Anerkenntniß für Schlöffel und **eine Aufmunterung** „zur Nachahmung der Bestrebungen einer gewissen **vorlauten Partei**, deren verwerfliche Tendenzen **hinreichend bekannt** seien."

Welch' ein fürchterliches Gespinnst aus einem so unscheinbaren Flocken! Spinnen konnte es aber Stieber doch wieder nur, wenn er von seinem eigenen Werg dazu gab. Welche unwahren Vordersätze muß man erst einschieben, um nur Stieber's Folgerungen einigermaßen erklärlich zu machen. Was man sich in's Ohr raune, könne nichts anderes sein, als verwerfliche Tendenzen; Schlöffel spreche das, was Andere sich in's Ohr raunen, laut aus; weil Wander das für keinen Fehler halte, so lobe er Schlöffel deshalb; weil er ihn lobe, so muntere er zur Nachahmung auf: ergo muntere Wander zur Nachahmung der Bestrebungen einer vorlauten Partei auf, deren verwerfliche Tendenzen hinlänglich bekannt wären. Stieber ist nie verlegen, auch nicht in der Logik.

Wander sagt, Schlöffel kenne keine Furcht; weil er immer nur das Beste wolle, deshalb spreche er laut aus, was er wolle. Andere dagegen seien furchtsam, und trotzdem daß sie dasselbe im Herzen trügen wie Schlöffel, so sprächen sie davon doch nur einander in's Ohr, d. h. doch mit anderen Worten nichts als: Schlöffel will das Gute und spricht laut von dem, was er will; Andere tragen den Willen für das Gute im Herzen, sprechen aber nur heimlich von dem, was sie wollen. Das nennt Stieber verwerfliche Tendenzen hegen. Er kann auf eine solche Auslegung nur dadurch kommen, daß er Wander's Sprache für eine Gaunersprache hält, in welcher Gutes die Bedeutung „politisch Verbotenes" hat. Es ist ihm zu dieser Annahme vollkommen genug, daß Wander, im Gegensatz zu Schlöffel's Furchtlosigkeit, die Anderen sich einander nur in's Ohr raunen läßt. Was man laut zu sagen sich fürchte, muß Böses sein, und dieses Böse kein anderes als verbotene politische Tendenzen.

Wander sagt aber gerade umgekehrt, die Anderen seien zu furchtsam; wer das Gute wolle, wie Schlöffel, könne auch laut davon sprechen, wie Schlöffel; darum sei Schlöffel's Eigenschaft, das gewollte Gute laut zu besprechen, kein Fehler. Stieber nennt das Anerkenntniß der Abwesenheit eines Fehlers schon ein Lob, und das Lob eine Aufforderung zur Nachahmung. Diese **Falschmünzerei mit Worten** wird am klarsten, wenn man Wander's Worte und die ihnen von Stieber gegebene Bedeutung einander gegenüberstellt, also:

Wander		Stieber
Gutes	=	Strafbares wollen
Abwesenheit eines Fehlers	=	Anwesenheit des Lobenswerthen
Lob	=	Aufforderung zur Nachahmung.

Als sich Stieber im Mai d. J. längere Zeit in Warmbrunn aufhielt, wurde erzählt, daß Se. Majestät der König dieses Jahr nicht nach Erdmannsdorf kommen würde. Jemand meinte, der König käme gewiß deshalb nicht, weil Stieber hier wäre; er fürchte sich, weil er etwas reden könnte, was Stieber denunziren würde. In Wahrheit, welche Rede vermöchte nicht Stieber zum Hochverruth zu stempeln? In Gegenwart Stieber's kann kein Mensch laut beten: „Herr, erlöse uns von allem Uebel", er wäre im Stande, ihn wegen Veranlassung von Unzufriedenheit gegen die Regierung zu denunziren. Uebrigens, wie schon bemerkt, ist dieser Theil der Wander'schen Rede gar nicht vorgetragen worden. Er ist also ein ungesprochener, und da er auch sonst nicht Anderen mitgetheilt worden, ein ungeäußerter geblieben, kann also auch nicht inkriminirt werden.

An die Vertheidigung Schlöffel's knüpfte Wander eine Selbstvertheidigung; denn man habe auch ihn getadelt und seine Worte „für aufregend, ja — horribili dictu — für revolutionär gehalten". Er habe nämlich in einer früheren Versammlung die Meinung aufgestellt, daß jeder Mensch das Recht habe, zu schweigen oder zu reden, und zu sagen, was ihm Recht oder Unrecht dünke. Er habe behauptet, daß die öffentliche Meinung eine Macht sei, die selbst Napoleon respektirt habe. Er habe endlich die Bemerkung hinzugefügt, daß die Zeit sich in ihrer Entwickelung durch keine Regierung bestimmen lasse. Das Alles habe er allerdings gesagt, es sei aber darunter nichts, was nicht auch schon in der Bibel gesagt worden wäre. Beispielsweise könne Niemand bestreiten, daß König Salomo gesagt habe: Reden habe seine Zeit und Schweigen seine Zeit. Das gelte von ganzen Völkern wie von Einzelnen; übrigens, die nicht reden dürfen, könnten ihre Gedanken auch durch **Schweigen** zu verstehen geben; denn wenn man zur richtigen Zeit zu **schweigen** wisse, so habe das auch seine Wirkung. Er aber wolle sich aussprechen, aussprechen offen und ehrlich, wie er fernerhin bei dem Verein thätig sein wolle. Die Aufgabe sei, das Fortbestehen des Vereins so lange als möglich zu erhalten.

Ich will zuvörderst diese Einleitung besonders betrachten. Es ist nichts Strafbares darin. Wander sagt: es sei entsetzlich, zu sagen, man habe seine Reden aufregend genannt, und er habe doch nur gesagt: Jeder Mensch habe das Recht zu schweigen oder zu reden, und sich auszusprechen, was ihm recht oder unrecht dünke. Er habe nur gesagt: die öffentliche Meinung sei eine Macht, die selbst Napoleon respektirt habe. Er habe nur gesagt: daß sich die Zeit in ihrer Entwickelung von keiner Regierung bestimmen lasse.

Wenn Wander hierin das natürliche Recht zu reden und über Recht und Unrecht sein Urtheil auszusprechen in Anspruch nimmt, so nimmt er nicht mehr in Anspruch, als die Staatsgesetze ihm zulassen. Freiheit der Rede und des Urtheils sind die Regel im Staat, und die in Censur und Politik angeordneten Beschränkungen sind eben nur **Schranken**, welche dieses natürliche Recht begrenzen, aber nicht aufheben, sondern innerhalb der Schranken bestehen lassen.

Wenn er ferner sagt: die öffentliche Meinung sei eine Macht, die Entwickelung der Zeit lasse sich durch keine Regierung bestimmen, so sind das allgemein anerkannte Wahrheiten, und zwar nicht blos politische Wahrheiten, — denn wir erkennen sie in der lange bekämpften Einführung der Eisenbahnen wie in dem Gange der Angelegenheiten der katholischen Dissidenten. Wenn Wander endlich hinzusetzt, es sei mit dem Nichtreden nicht viel gewonnen, weil man seine Gedanken auch durch Schweigen zu verstehen geben könne, so ist das eine Wahrheit, die in jeder bürgerlichen Unterhaltung täglich zur Anwendung kommt und ersichtlich wird. Die Unschuld dieser Einleitung nachzuweisen würde mir gar nicht einfallen, wenn man es nicht mit Stieber zu thun hätte.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Berlin.

16. Oktober.

Der Zusammenkrach der ritterschaftlichen Privatbank zu Stettin hat Hoch und Niedrig geschädigt — vom Kaiser von Deutschland bis zu den Maurern und Tagelöhnern. Der Kaiser hat nämlich circa 300,000 Mark verloren und die auf dem Rayonterrain zu Stettin beim Häuserbau beschäftigten Arbeiter die Arbeit, weil die Unternehmer jetzt keinen Credit erhalten können und daher den Häuserbau einstellen müssen. — Bei Eröffnung des neuen Studienjahres der hiesigen Universität hielt der abtretende Rector Professor Bardeleben eine Rede, in welcher eine Stelle vorkam, welche von unserer akademischen Jugend „Herrlichkeit" handelte, welch' letztere sich kundthue in den vielen Conflicten der Studirenden mit den Nachtwächtern, die auch vorzugsweise die akademische Gerichtsbarkeit beschäftigten. Der neue Rector, Professor Helmholtz, wünschte bei der studirenden Jugend nach englischem Muster die körperlichen Spiele und Uebungen eingeführt, damit der übermäßige Gebrauch von alkoholischen Getränken und Tabacken abnehme. Nette Schmeicheleien, die den Berliner Studenten an den Kopf geworfen werden. Wenn die Studenten aber keine Nachtwächter prügeln, wenn sie sich nicht bezechen, sondern sich um Politik und wahre Wissenschaft kümmern, wie zum Beispiel bei der Dühringaffaire, dann erhalten sie Verwarnungen, so daß die weniger energischen jungen Leute wieder zu dem mindergefährlichen Spiele der Nachtwächterprügelei und der Kneiperei zurückkehren. — Vorläufig ist der Eintritt des nationalliberalen Hrn. v. Bennigsen in das preußische Ministerium des Innern noch aufgeschoben, aber wie uns dünkt, noch nicht aufgehoben — Eulenburg geht bekanntlich auf Urlaub und während der Zeit verwaltet der mit Bleichröder eng befreundete Ackerbauminister, der freiconservative Herr Friedenthal das Ministerium des Innern; eine Etappe erscheint dies Provisorium zum Ministerium Bismarck-Bennigsen-Friedenthal — welch' Kleeblatt, es fehlt dann nur noch, daß Bleichröder Finanzminister wird, so haben wir gar ein vierblättriges, mit welchem dann der hohe Adel und die große Finanzwelt völlig zufrieden sein können. Vorläufig ist übrigens Herr Wehrenpfennig als vortragender Rath in das Handelsministerium berufen worden — eine kleine Abschlagszahlung, die den Nationalliberalen von Seiten der Regierung gemacht wird. Im dritten Wahlkreise des Regierungsbezirks Cassel (Fritzlar-Homburg-Ziegenrück) wird dadurch eine Nachwahl zum Reichstag erforderlich; vielleicht, daß die Parteigenossen in Cassel sich die Sache einmal überlegen. — Die Mißhandlungen der Soldaten sind wieder an der Tagesordnung. Vor Kurzem wurde ein Ulan der Potsdamer Garnison von Unteroffizieren derart beim Exerzieren am Kopfe verletzt, daß derselbe blödsinnig wurde und in der hiesigen Charité Aufnahme fand; jetzt schwebt eine Untersuchung über einem Unteroffizier der hiesigen Garde, der gleichfalls beim Exerzieren einem Soldaten eine derartige Ohrfeige gab, daß das Trommelfell platzte. Daß solche Mißhandlungen noch vorkommen können, ist gewiß ein trauriges Zeichen für den preußisch-deutschen Gamaschendienst. — Ludwig Löwe ist bei der Landtagsabgeordnetenwahl im 1. Berliner Wahlkreis anstatt Duncker's gewählt worden. Es war von keiner Seite ein Gegencandidat aufgestellt worden. — ein löwenmuthiger Sieg, den der edle Ludwig errungen hat, zu welchem ihm, dem Helden, der Reichstagswahlverein des 6. Berliner Wahlkreises, wo Löwe bekanntlich den Durchfall erlitt, hocherfreut gratulirt. — Noch will ich des hiesigen demokratischen Polizeiblatts, der „Staatsbürgerzeitung" Erwähnung thun, welche nunmehr ihr eigentliches Gesicht zeigt und in ihrer Nummer vom 9. d. M. vor den Gründern zu Kreuze kriecht, die sie so lange Zeit angegriffen hat. Sie hat nämlich in der Elbinger Affaire den passenden Moment gefunden, die Gründerhetze mit moralischem Anstand einzustellen. Ihre auffällige, bald ¾jährige neue Lebenskraft, nachdem sie schon vollständig fertig war, könnte mancherlei zu denken geben, wenn die Erklärung dafür nicht allein zu Tage träte, daß sie jetzt von dem Gründerthum besonders berücksichtigt wird. Sehen Sie sich z. B. das ganze Seiteninserat für die ungarische Goldanleihe in einer der letzten Nummern an. Berlin Zeichnung bei Disconto-Gesellschaft und S. Bleichröder — das sagt genug. Sie ist ertrunken in ihrer eigenen Moral. Eine schöne Association demokratischer Schreihälse (Mehring ꝛc. ꝛc.), denen der nächste beste „Reichsjude" das Maul stopfen kann.

Kritische Gedanken eines Subalternen über das Verwaltungssystem der preußischen Staatseisenbahnen.

Wenn ich diesen Aufsatz zur Kenntniß der Oeffentlichkeit bringe, so möchte ich von vorne herein den Gedanken von der Hand weisen, daß ich Reformvorschläge zur Abschaffung derjenigen Mißstände zu machen beabsichtige, welche der dem Deutschen angeborenen Hang zum Bureaukratismus auch in einem der wesentlichsten Zweige des Verkehrslebens hat hervortreten lassen. Ich beabsichtige nur vom Standpunkte eines Subalternen aus, dem die Organisation des Verwaltungssystems der preußischen Staats- und unter preußischer Staatsverwaltung stehenden Eisenbahnen vermöge seiner langjährigen Dienstzeit im Eisenbahnwesen mit ihren Mängeln und Fehlern nicht fremd geblieben ist, dieses System kritisch zu beleuchten und seine Schattenseiten hervorzuheben. Möge es dann der Energie Solcher, denen Mittel und Wege zu Gebote stehen, um eine Verbesserung anzubahnen, überlassen bleiben, ihre Verbesserungsbestrebungen zum Nutzen und Frommen des staatlichen Gemeinwohls auch nach dieser Richtung hin zu bethätigen.

Die preußischen Staatseisenbahnen ressortiren bekanntlich vom preußischen Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten und stehen, jede für sich allein, unter der speziellen Leitung eines Direktors.

Möge mir nun zunächst gestattet werden, die Elemente, aus welchen sich eine solche königliche Eisenbahndirektion, welche die Prärogatioe einer Bezirksregierung genießt, rekrutirt, näher in Augenschein zu nehmen. Da ist also zuerst der Vorsitzende derselben, — nach den bisherigen Bestimmungen stets ein Verwaltungsbeamter — erst in der allerletzten Zeit sind bisweilen Techniker zu diesem wichtigen Posten herangezogen. Die Direktionsmitglieder sind ein mixtum compositum aus Verwaltungsbeamten, Bau- und Maschinentechnikern. Daß diese Letzeren, allerdings in bescheidener Anzahl, zur Leitung einer Eisenbahn, bei welcher die Technik eine so große Rolle spielt, nothwendig und nutzbringend sind, bestreite ich nicht. Auch sind es zunächst Leute, die höhere Fachschulen absolvirt, längere Jahre im Eisenbahnwesen gearbeitet und zur Bauleitung und Administration des Bahn- und Maschinenbetriebes sich qualifizirt haben. Dieselben müssen, bevor sie als Mitglieder in die Direktion eintreten, längere Zeit als Bau- resp. Maschinenmeister fungirt und sich die Kenntniß des Eisenbahnwesens durch praktische Thätigkeit angeeignet haben.

Weniger genau jedoch nimmt es der Herr Minister mit der Wahl der Mitglieder für die administrativen Geschäfte. Es sind dies durchgängig junge Juristen, die den vorgeschriebenen Universitätscursus durchgemacht und nach absolvirter Referendarienzeit ihren Assessor gemacht haben. Nachdem sie alsdann noch ein Jahr als Assessoren im Justizamte thätig gewesen sind, treten sie zunächst als Hülfsarbeiter in die Eisenbahndirektion, vorläufig ohne Votum, ein. Natürlich haben diese Leute außer einem ganz erklecklichen Maaß von Selbstbewußtsein nichts, was ihnen vorläufig die Befähigung giebt, auch nur den allereinfachsten dienstlichen Vorgang in dem ihnen ja völligen fremden Eisenbahnrechte richtig zu taxiren. Sie arbeiten in dem Dezernate eines älteren Mitgliedes etwa ein Jahr lang, erhalten dann, gleichviel ob sie sich qualifiziren oder nicht, Sitz und Stimme im Collegium und ein selbstständiges Dezernat und werden sehr bald darauf etatsmäßige Direktionsmitglieder. Als solche herrschen sie denn nun über Leben und Tod nicht nur der untergebenen Beamten, sondern auch der der Eisenbahn anvertrauten wichtigsten Interessen des Publikums. Eine solche Direktion ist ein wahres Ungeheuer. Wo in allen anderen Staatsdienstzweigen nur Fachleute an der Spitze stehen, die gewöhnlich den Dienst lange Jahre von der Pieke auf haben kennen lernen müssen, — man denke an Post und Steuer — da befinden sich in ähnlichen verantwortlichen Stellen bei der Eisenbahn junge Leute, die gar keine Idee von dem Geschäftsgange haben und auch nicht haben können. Ich will nur einen einzigen Verwaltungszweig herausgreifen, an welchem neben vielen andern die Unzulänglichkeit eines Assessors als Ressortdezernent völlig klar gelegt wird — es ist der Güterdienst. Dem jungen Regierungsassessor, welcher an die Spitze eines Güterdienstzweiges gestellt wird, ist vielleicht mit seltenen Ausnahmen ein Frachtbrief noch niemals zu Gesicht gekommen. Viel weniger aber ist er im Stande, ein Stückgut selbstständig zu expediren — er kennt die Versand- und Zollvorschriften nicht, hat gar keine Ahnung von den Manipulationen der vorgeschriebenen Buchführung — ihm ist das Wesen der Tarifirung für die einzelnen Gattungen der Sendungen völlig fremd — und doch steht er an der Spitze — und decretirt!! Was für ein Zeug oftmals bei solchen Decreten herauskommt, und wieviel der subalterne von der Pieke auf gediente Bureaubeamte zu thun hat, um in discreter Weise solchen Verfügungen eine passable und sachgemäße Wendung zu geben, liegt wohl auf der Hand. Auf ähnliche Weise geht es bei allen übrigen administrativen Abtheilungen, so dem Controlrechte u. s. w. zu.

Es ist mir, wie wohl jedem älteren Bureaubeamten, der vielleicht Jahre lang bereits in derselben Abtheilung arbeitete, schon oft passirt, daß ich vor einem solchen Decrete „von oben herab" stand: „wie die Kuh vor dem neuen Thor", um mit dem Munde des Volkswitzes zu reden. Aber vielleicht glaubt der Herr Handelsminister — „daß es die Menge bringen muß". Diesem Gedanken hat er wenigstens dadurch den thatkräftigen Ausdruck gegeben, daß er in den letzten Jahren so viele junge Juristen in den Staatseisenbahndienst übernommen hat, daß man sich vor Direktionsmitgliedern schon gar nicht mehr zu retten weiß. Bei der königlichen Ostbahn sind nachweislich laut Betriebsbericht vom Jahre 1876 inclusive Hülfsarbeitern, die selbstständige Dezernate haben, 27 Direktionsmitglieder angestellt. Hierbei bemerke ich jedoch ausdrücklich, daß diese 27 allein im wirklichen Bahnbetriebsdienste beschäftigt sind, während die Zahl derjenigen Dezernenten, welche außerdem noch im Neubau beschäftigt sind, wohlweislich unerwähnt geblieben ist.

Durch Ministerialbericht von 1873 sollte die Administration der Staatseisenbahnen und der unter Staatsverwaltung stehenden Privatbahnen dezentralisirt werden. Die Verwaltungsräthe der letztgenannten Bahnen, bei welchen der Staat in Folge der von ihm geleisteten Zinsgarantie die Verwaltung übernommen hat (z. B. die Bergisch-Märische und Oberschlesische Eisenbahn), sträubten sich zwar sehr gegen diese neue Anforderung an ihren Geldsäckel, aber es half ihnen nichts — es wurden Eisenbahn-Commissionen errichtet. Die Commissionen haben den Zweck, die Verwaltungsgeschäfte in dem ihnen zugewiesenen örtlich begrenzten Theil der ganzen Bahn selbstständig zu leiten und haben als Vorstände delegirte Eisenbahndirektionsmitglieder. Ob eine solche Dezentralisation einer allerdings ja ungeheuren Verwaltung überhaupt nutzbringend ist, will ich dahingestellt sein lassen — aber wird sie einmal vorgenommen, so soll sie meines Erachtens auch völlig durchgeführt werden, und soll ihre Thätigkeit nicht beschränkt werden, sollen ihre Anordnungen nicht wiederum zum größten Theile dem Urtheile und der Bestätigung der Direktion als stets vorgesetzter Behörde unterliegen. Bei unseren Staatseisenbahn-Verwaltungen sind ja 4 oder 5 solcher Commissionen allmählich in's Leben getreten, jede Commission besteht aus 3 oder 4 Mitgliedern, die, wie schon erwähnt, zugleich Direktionsmitglieder sind. Trotzdem also auf diese Weise die Geschäfte vertheilt sind, befinden sich bei der Direktion außer dem Direktionsvorsitzenden als obersten Lenker des Ganzen noch 10—15 Direktionsmitglieder. Nun frage ich jeden Einsichtsvollen: Was machen diese Leute den ganzen Tag, da die Geschäfte doch zum größten Theil durch die Hände der Commissionen allein gehen sollen? Eins ist nach meiner Meinung überflüssig — entweder die Direktionsmitglieder oder die Commissionsmitglieder. Wenn man die Anzahl der Dirigenten einer, wenn auch noch so umfangreichen Privateisenbahn, die gewöhnlich aus einem Consortium von drei Mann besteht, mit derjenigen des dirigirenden Personals einer Staatsbahn vergleicht, so findet man eben leider keinen Vergleich. Und dabei kann doch Niemand etwa zu Recht behaupten, daß die Geschäfte bei Privatbahnen weniger prompt erledigt werden müssen wie es bei Staatsbahnen geschieht, die Privatbahnen haben keine Commissionen — bei ihnen thut alles der Bau- oder Betriebsdirektor, je nach Charakter der Sache. Wenn auch selbstredend diesen Direktoren eine genügende Anzahl von Assistenten zur Seite gestellt ist, so geht diese doch nicht über das wirkliche Bedürfniß hinaus, denn die Privatbahnen verstehen zu rechnen und schaffen alles Ueberflüssige und Entbehrliche fort.

Uebrigens möchte ich hierbei noch erwähnen, daß unter der Aegide der vielköpfigen Direktion einer Staatseisenbahn noch sogenannte Oberbeamte fungiren: ein Obermaschinenmeister, ein Oberbetriebsinspektor und ein Obergüterverwalter. Diesen liegt die eigentliche Ueberwachung der betreffenden Dienstzweige ob. Was bleibt da den Dezernenten zu thun übrig? —

(Schluß folgt.)

Correspondenzen.

Hamburg. Der hiesige liberale Reichstagswahlverein hat für Diejenigen, welche geneigt sind, sich in kleineren oder größeren Versammlungen in Debatten mit Sozialdemokraten einzulassen oder Vorträge halten wollen, Veranlassung getroffen, von einem „bewährten Fachmanne" Vorträge über folgende Themas halten zu lassen: 1. Vortrag: Abriß der Sozialpolitik und der obschwebenden sozial-politischen Hauptfragen; 2. Vortrag: Einige besonders wichtige Spezialgebiete der Sozialwissenschaft: Werththeorie, Marx'sche Mehrwerth-Lehre, natürlicher Arbeitslohn, Kapitalwirthschaft; 3. Vortrag: Die sozialdemokratische Agitation, ihre Hilfsmittel, ihr nächster Zweck, ihre Ziele; 4. Vortrag: Rhetorik und Versammlungstechnik. Wenn sich eine genügende Betheiligung (ohne Kosten für die Theilnehmer) und ausreichendes Interesse an dieser Einrichtung ergiebt, so soll der Ciklus der Vorträge weiter ausgedehnt und eventuell Disputationen über geeignete Themata veranstaltet werden. Es sollen zu diesen Vorträgen nur 200 Eintrittskarten ausgegeben werden und zwar nur an solche Zuhörer, von denen eine zweckentsprechende Benutzung jener Vorträge zu erwarten ist. Den Bezirks-Vorständen und den Theilnehmern an den Vorträgen wird ferner nach dem 1. November die Hand-Bibliothek des Vereins zur Verfügung gestellt. Dieselbe soll alle bedeutenderen Werke und Broschüren auf dem sozialen Gebiete, sowie eine größere Anzahl sozialdemokratischer Zeitungen umfassen. Nach solchen Veranstaltungen ist wohl anzunehmen, daß die Liberalen endlich ihr Wort einmal einlösen und mit uns, den Sozialdemokraten, in Diskussion treten werden.

Kellinghusen in Holstein. Am 15. ds. Ms. fand hier eine vom Vorstand des hiesigen Arbeiterbildungsverein anberaumte öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Wanderlehrer Keller einen Vortrag über „die Sozialdemokratie" hielt.

Da die Versammlung eine öffentliche und die Möglichkeit der Betheiligung an der Debatte uns zugesichert war, so erschien unserseits Genosse Auer aus Hamburg, der denn auch den Ausführungen des Herrn Keller in längerer Rede entgegen trat und unsere Sache wirksam gegen die gemachten Angriffe vertheidigte.

Ohne uns länger auf das pro und contra der Ausführungen einzulassen, halten wir es doch für nothwendig, eines Vorfalls Erwähnung zu thun, der einestheils von Interesse für die Parteigenossen sein dürfte, anderseits aber geeignet ist, ein Schlaglicht auf die Agitationsweise unserer Gegner zu werfen.

Herr Keller erzählte nämlich gegen Ende seines Vortrages folgendes Histörchen: Einer seiner Freunde hätte vor nicht zu langer Zeit mit einem hervorragenden Führer der deutschen Sozialdemokraten in Braunschweig während eines gemeinschaftlichen Spazierganges sich über Punkt 1 der Einleitung des sozialistischen Programms unterhalten, wobei der „hervorragende Führer" der Sozialdemokraten erklärt habe:

„Ach was, an den Satz, daß die Arbeit die Quelle aller Werthe sei und an die Möglichkeit, daß die Arbeitsprodukte „Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen" zugetheilt werden können, glaube kein einziger Führer der Sozialisten. Diese Sätze seien nur aufgestellt, um den Massen etwas vormachen zu können, um dieselben unzufrieden zu machen und aufhetzen zu können."

Auf diese Behauptung hin nun stellte Genosse Auer gegen Schluß seines Vortrages an Herrn Keller die Anfrage: Wer dieser hervorragende Führer der Sozialdemokraten gewesen, der eine so lügnerische wie verleumderische Behauptung dem Freunde des Herrn Keller gegenüber ausgesprochen? Zugleich fügte Genosse Auer dem bei, daß, wer immer auch dieser angebliche Führer sei, derselbe von den Sozialdemokraten ausgestoßen werde, vorausgesetzt, daß die Angaben des Herrn Keller wahr seien.

Herr Keller, der hierauf wieder das Wort nahm, sprach zwar von allem Möglichen, vermied es aber merkwürdiger Weise, auf die ausdrückliche Frage Auer's nach dem bewußten Sozialistenführer mit einer Silbe zu antworten.

Auer sah sich deshalb genöthigt, nachdem ihm das Wort noch einmal ertheilt wurde, die Frage zu wiederholen und Herrn Keller an seine Behauptung betr. der Braunschweiger Angelegenheit zu erinnern. So zweimal zur Erklärung über seine Behauptung aufgefordert, sah sich endlich der Herr Wanderlehrer genöthigt, auch auf diese noch einmal einzugehen, und was antwortete er nun?

„So lange Auer nicht ein Mandat der deutschen Sozialdemokraten beibringe, welches ihn (Auer) berechtige, über die Braunschweiger Vorkommnisse, die er (Keller) erzählt habe, nähere Auskunft zu fordern, so lange halte er (Keller) sich nicht für verpflichtet, Namen zu nennen."

Welchen Eindruck diese Erklärung auf die Versammlung machte, brauche ich hier wohl nicht erst zu schildern, die Versammelten wußten, was sie von dem Herrn Keller zu halten hatten.

Husum, 18. Oktober. Als vor 4—5 Jahren die Lehren des Sozialismus zum ersten Mal nach unserem Norden drangen, fanden sie bei der Arbeiterbevölkerung eine begeisterte Aufnahme. Bei der Reichstagswahl 1874 hatte unser Canditat 865 Stimmen; hier in Husum zählte der damals noch bestehende „Allgemeine deutsche Arbeiterverein" 60 Mitglieder. Es war also ein Anfang gemacht, der zu den schönsten Hoffnungen berechtigte. Und jetzt? Leider müssen wir constatiren, daß die Partei in unserm Kreise nicht nur keine Fortschritte gemacht hat — und schon das ist schlimm genug! — sondern daß sie immer mehr und mehr verschwindet. Der Grund zu dieser traurigen Erscheinung ist einfach in der Zersplitterung unserer Kräfte zu suchen. Dazu kommt noch, daß die meisten Parteigenossen ihre Pflicht gethan zu haben glauben, wenn sie ein Parteiorgan lesen oder eine Versammlung besuchen, wenn die Altonaer Parteigenossen uns einen Agitator schicken. Das muß anders werden! Eine nachhaltige Besserung aber ist, gegenüber geschlossener Phalanx der Liberalen, Conservativen und Dänen, nur dann möglich, wenn wir uns zu einer festen Vereinigung zusammenthun. Entweder muß ein Verein für den ganzen Kreis oder in jedem Orte — in Husum, Tönning, Garding, Bredstedt, Leck, Tondern u. s. w. — ein Lokalverein gegründet werden. Ob die Mitgliederzahl auch anfangs gering ist, das thut nichts zur Sache: „die Gründung des kleinsten Arbeitervereins", sagt Johann Jocoby, „wird dem künftigen Kulturhistoriker von größerem Werthe sein, als der Schlachttag von Sadowa!" Die Erörterung dieser Angelegenheit, entweder mündlich oder durch die Presse, sei den Parteigenossen hieselbst zur heiligsten Pflicht gemacht. R.

Ratzeburg, 14. Oktober. In der Nr. 22 des „Vorwärts" wurde unter sozialpolitischer Uebersicht auf die bekannte Aeußerung, die Dr. Braun in der ersten Sitzung des Vereins für Sozialpolitik über die Resolution des Professor Wagner und ihr Verhältniß zur sozialen Frage gethan, Bezug genommen, aber in einer Weise, die Einsenders Befremden allerdings in hohem Grade erregte. Es wurde, wenn wir recht verstanden haben, mit einem bloßen Scherz über dies kühne Wort hinweggegangen, als ob dasselbe sich eigentlich von einem Manne von den Anschauungen Brauns von selbst verstehe. Wäre das Wort bei irgend einem Diner oder einem Biercommers gefallen,*) möchte die Redaktion recht haben, hier wurde es aber in der ordent-

*) Bei „unserm Braun" hat eben die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik keine höhere Bedeutung als ein gewöhnliches Festessen oder ein kräftiger Biercommers. N. d. „V."

chen Generalversammlung eines Vereins gethan, der sich die Lösung der sozialen Frage in erster Reihe zur Aufgabe stellt. Das ist vielleicht sehr lächerlich, daß Jemand eine Lösung zwischen zwei feindlichen Brüdern herbeiführen möchte, aber unter der einzigen Bedingung, daß nur der Eine dabei berücksichtigt wird, es ist vielleicht lächerlich, wenn der kleine Fritz sagt, ich will den Apfel nicht, weil Hans, mit dem er sich gezankt hat, auch einen bekommen soll. Aber es ist, in unserm Falle, doch so lächerlich, daß man sich dabei des lebhaften Gefühles der Entrüstung nicht entwehren kann über solch einen Grad von knabenhaften Verstocktheit. Irgend ein Schulmeister, dessen langjähriger Unterricht in der Quarta seinen Gesichtskreis zu dem eines Quartaners verengert hat, mag immerhin so urtheilen und darob von seinen Parteigenossen noch seines besonderen Muthes und seiner tiefen Einsicht wegen angestaunt werden; auch ein Neuling in volkswirthschaftlichen und sozialen Fragen mag so urtheilen: wenn man aber mit der Bewegung vorwärts gegangen ist, sie aufmerksamen Auges verfolgt, sein Wissen in volkswirthschaftlichen und sozialen Dingen stetig zu erweitern gesucht hat und wenn man schließlich das mit der zu jedem wissenschaftlichen Streben nöthigen Objektivität gethan, und man will dann, seiner hohen Aufgabe voll, sein Wissen im Kampfe verwerthen, an seiner endlichen Lösung mitarbeiten, setzt sich aber so auf das hohe Pferd, daß man sich nur allein für allein berechtigt, vielleicht für den wirthschaftlichen Papst hält, dann übersteigt das verächtliche das lächerliche. Man könnte ja trotzdem lachen — aber nur nicht, wenn man sieht, wie viel Einseitigkeit, Gedankenlosigkeit und Unwissenheit heute, wo das Nachbeten und der Personencultus so überaus Mode geworden, solch einen Satz gierig ergreift und zu ihrem Dogma erhebt. Das ist geradezu trostlos. Mancherlei ist in den letzten Jahren angestrebt worden, die soziale Frage zu lösen, wir müssen es aber zu unserer Bekümmerniß aussprechen, daß alles nur dazu beitrug, die soziale Frage unlösbarer zu machen. Hier kämpft man mit papistischem Unfehlbarkeitsdünkel, mit pfäffischer Intoleranz, dort mit Unwissenheit und Verleumdungssucht, und mit solchen Waffen glaubt man eine Bewegung niederzuhalten, die von Tag zu Tag lawinenartig anwächst und deren Berechtigung — Herr Prof. Braun! — Ihnen das ganze herrschende wirthschaftliche System mit einer erschreckenden Klarheit tagtäglich unumstößlicher nachweist. Nur mit offenen Augen und Ohren und mit warmem Herzen muß man seinem Volke gegenüber stehen.

Frankfurt a. M., 17. Oktober. Während zahlreiche mehr oder weniger offizielle Hände damit beschäftigt sind (sogar am Sonntage, der doch „geheiligt" sein soll, wurde keine Ausnahme gemacht), dem morgen in der ehemaligen freien Reichsstadt zum Besuche eintreffenden Könige von Preußen und deutschen Kaiser einen „würdigen" Empfang zu bereiten und hochwohlweiser, für das Wohl der Stadt so unendlich besorgter Magistrat auch hierin deren „Ehre" möglichst zu retten sucht, während tausende und abertausende von Mark für Dekoration und Illumination, für Pechfackeln und Triumphbogen aufgewendet werden, während man zur Ausschmückung des „Kaiserball"-Saales Blumen aus Algier (ja, aus Algier, die ihr patriotisch-ungläubig den Kopf schüttelt!) kommen läßt und auf dem Balle selbst eine „noch nie dagewesene" Pracht entfaltet werden soll — während all diesem verschwenderischen Glanz und dieser glänzenden Verschwendung, die schon in zwei Nächten und anderthalb Tagen ihre Schuldigkeit gethan hat, fällt unser Auge auch auf eine Zeitungsnotiz, welche uns wieder einen Augenblick ernüchtert und wörtlich lautet: „Eine hinter der Judenmauer wohnende 70jährige Frau versuchte vorgestern Vormittag sich durch Oeffnen der Pulsader mit einem kleinen Messer und durch Schläge auf den Kopf mit einem Holzbeil das Leben zu nehmen. Da dieselbe noch rechtzeitig bei der That betroffen wurde, sind die Verletzungen nicht gefährlich, doch mußte sie in's Hospital verbracht werden. Nahrungssorgen sollen die Ursache zu diesem Selbstmordversuche gewesen sein." Ferner finden wir in bunter Abwechslung mit den „Fest"nachrichten folgendes: „Ein Taglöhner hat seine Frau mit 3 Kindern im Stich gelassen und ist spurlos verschwunden." — „Nachdem vorige Woche ein Schreiner seine Frau und seine vier Kinder heimlich verlassen hat, folgte ihm diese Woche ein Schneider, der ebenfalls seine Frau und Kinder in sehr hülfsbedürftiger Lage zurückließ." — „An den Gutleuthöfen wurde die Leiche eines Arbeiters aus Eckenheim aus dem Main gelandet." — „Wegen Steuerrückständen wurde eine ziemlich große Anzahl hiesiger Einwohner gepfändet." — Sapienti sat, oder auf Deutsch: Für den Verständigen genug! — Doch auch ein heiteres Bild! „Ein Droschenkutscher, welcher den im Zuge befindlichen Empfangsvorbereitungen gram ist und eine bezügliche Aeußerung that, wurde wegen Majestätsbeleidigung verhaftet." — Eine Person, welche beim Abreisen amtlicher (die Ankunft des Kaisers betreffender) Plakate erwischt wurde, wurde verhaftet." — „Ein stellenloser Arbeiter ist auf eine ganz eigenthümliche Idee verfallen. Um sich nämlich in eine gute Lage zu versetzen, hat er seine Hand vermögenden Wittwen und Mädchen, auch solchen, die ein Geschäft besitzen, mittelst Ausschreibens angetragen." — — — Das „Volk" hat, wie Figura zeigt, recht viel Ursache zu Festlichkeiten und Jubel!!

Güstrow, 14. Oktober. (Humanität der Arbeitgeber.) Auf einem Pachtgute, nahe an der Stadt gelegen, diente ein Knecht als Schweinewärter. Am vergangenen Sonnabend fällt es dem Amtmann ein, nach seinen Schweinen zu sehen. Er kommt in den Stall in Begleitung von zwei Hunden, die natürlich sofort auf die Schweine losfahren. Der Knecht springt hinzu und schlägt mit einer Ruthe nach den Hunden, der Herr ergrimmt aber darüber und schlägt mit seinem Stock auf den Knecht los. Dieser setzt sich jedoch zur Wehre, und der Herr Amtmann ruft nach dem eben über den Hof gehenden Inspektor. Dieser hat denn auch nichts Eiligeres zu thun, als seinem Herrn beizustehen, und Beide richten nun den armen Menschen derart zu, daß er auf längere Zeit unfähig war, etwas zu thun. Das ist wieder einmal ein Beweis, daß manchen „Herren" die Hunde lieber sind, als die ihn ernährenden Arbeiter. A. S.

Frankfurt a. O., 13. Oktober. Freitag den 28. September fand im Saale des Volksgartens eine Volksversammlung statt, in welcher Parteigenosse Klute aus Forste über „Eigenthum und Erwerb" einen gediegenen Vortrag hielt, der allseitigen Beifall fand. An der Debatte betheiligten sich mehrere Genossen, die sich im Sinne des Redners aussprachen. Zuletzt meldete sich auch ein Herr Vogt, früherer Inspektor, jetzt Holzhändler, zum Wort und erklärte, er wäre mit dem Referenten vollkommen einverstanden, denn das, was er jetzt gehört, hätte er schon vor 20 Jahren gewollt; doch in Betreff des Erbrechts hätte er (Klute) der Sozialdemokratie den Todesstoß versetzt; auf die Auslassungen des Referenten aber weiter einzugehen, halte er heute nicht für zweckmäßig, weil schon der Schluß beantragt sei. — Es wurde beschlossen, in einer demnächst einzuberufenden Volksversammlung, in welcher Klute ebenfalls anwesend sein sollte, über das Thema weiter zu debattiren. Herr Vogt wurde dazu eingeladen und nahm auch die Einladung an. Aber wer in der betreffenden Versammlung nicht erschien, das war unser Vogt. Klute sprach dann über die „Stellung des Christenthums zum Sozialismus" unter großem Beifall der Anwesenden. In dieser Versammlung meldete sich ein Stadtverordneter Richter als Gegner zum Wort. Der Herr Gegner gab zu, daß der Vortrag wissenschaftlich gehalten gewesen sei, aber er begreift nicht, wie der Referent die Geschichte von Jahrtausenden in Fünfviertel-Stunden behandeln könne; er könnte darüber tagelang sprechen und würde schließlich immer wieder dahin kommen, wo er angefangen. Der Sozialismus müsse scheitern, weil er an der Gottheit zweifele; denn man dürfe doch nur hinausgehen und sich das Gras und die Bäume ansehen, so müsse man sich doch sagen, daß dieses Alles nicht von selbst kommen könne und daß eine Gottheit existiren müsse. Ferner machte Herr Richter dem Referenten noch den Vorwurf, daß er vor den Namen Jesus nicht „Herr" gesetzt habe; Jesus wäre doch unser Heiland und Erlöser. Er (Herr Richter) zum Beispiel ließe die Ehre einem jeden Menschen zu Theil werden. Ueber solche Aeußerung brach natürlich die Versammlung in lautes Gelächter aus. Klute war es ein Leichtes, den Herrn Stadtverordneten zurechtzuweisen.

Delitzsch, 11. Oktober. Sonntag, den 7. Oktober, Nachmittags 3 Uhr, hielten wir im „Bürgergarten" eine ziemlich gut besuchte Volksversammlung ab, in welcher Herr Hasenclever über die Tagesordnung: „Gesetzgebung und Volkswohl" einen sehr interessanten Vortrag hielt. Herr Hasenclever führte zunächst aus, daß die gesetzgebenden Körper bis jetzt noch nicht die Macht und auch nicht den ernsten Willen hätten, für das Wohl des Volkes einzutreten. Das käme daher, daß größtentheils die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften keine für jeden Staatsbürger freien und gleichen wären, und daß infolge dessen die Repräsentanten des Geldsacks die Macher der heut zu Tage geltenden Gesetze seien. Es sei darum leicht erklärlich, daß bei so vielen, in das Leben und Treiben der Völker tief einschneidenden Gesetzen: z. B. Militär-, Straf-, Unterrichtsgesetz u. s. w. das Interesse der herrschenden Parteien ausgiebig gewahrt sei, wohingegen das arbeitende Volk mit dem verlieb nehmen müßte, was die Herren Gesetzesmacher ihm zukommen zu lassen für gut fänden. Auf das wirthschaftliche Gebiet übergehend hob der Referent die Nothwendigkeit hervor, daß der Staat die gesammte Produktion und Consumtion im Interesse der Gesammtheit regele. Nach beendetem Vortrag weist Herr Hasenclever noch mehrere der sozialistischen Presse gemachten Vorwürfe zurück. — Nun forderte Parteigenosse Günther, welcher als Vorsitzender fungirte, zur Interpellation auf, da sich aber Niemand meldete, trotzdem verschiedene Gegner anwesend waren, so wurde die schöne Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Den Parteigenossen allerorts noch die erfreuliche Mittheilung, daß hierselbst 24 Mann den Austritt aus der evangelischen Landeskirche erklärt und die Eintragung in das Dissidentenregister bei dem zuständigen Gericht beantragt haben. St.

Zur Gewerkschafts-Conferenz.

Die in Nr. 120 des „Vorwärts" und Nr. 11 des „Pionier" an die deutschen Gewerkschafts-Vorstände erlassene Aufforderung hat seitens einiger Gewerksgenossen in Nr. 121 des „Vorwärts" eine Erwiderung gefunden. In derselben wird die Befürchtung ausgesprochen, eine solche Conferenz könnte, wenn dieselbe nur von Vorstandsmitgliedern besucht würde, bei den Mitgliedern leicht Mißtrauen erwecken, und ferner unnütze Geldkosten erfordern. Es wird alsdann der Vorschlag gemacht, die in dieser Aufforderung von meinem Bruder gemachten Centralisations-Vorschläge von a. bis f. allen Gewerkschaftsmitgliedern zur allgemeinen Discussion und Urabstimmung zu unterbreiten und dann später auf Grund der darüber gefaßten Beschlüsse auf einem allgemeinen Gewerkschafts-Congresse gemeinschaftlich praktisch vorzugehen.

Was den letzteren Vorschlag betrifft, so ist damit der Beweis gegeben, daß es den Unterzeichnern dieser Erwiderung ernstlich darum zu thun ist, endlich mal mit der Frage der Centralisation vorwärts zu kommen; sie unterstützen also die Ansichten meines Bruders und äußern nur ihre Bedenken, daß der zur Ausführung vorgeschlagene Weg nicht der richtige sei. Daß dies aber der schnellste und praktischste Weg ist, der augenblicklich möglich, will ich hier klarzustellen versuchen.

Wenn wir dem Wunsche der „Erwiderung" gemäß die Mitglieder der Gewerkschaften über die vorgeschlagenen Punkte discutiren und abstimmen ließen, so würde ja nur der Vorschlag meines Bruders mit den angegebenen Punkten zur Berathung kommen, weiter aber nichts. Wenn aber eine ordentliche, kräftige Centralisation geschaffen werden soll — ohne dem selbstständigen Charakter der einzelnen Gewerkschaften zu nahe zu treten — so müssen mehr als die angeführten Punkte zur Discussion und Beschlußfassung kommen. Gerade aber die Zeit vor dieser Conferenz — bis zum 11. November — soll dazu dienen, die einzelnen Gewerkschafts-Vorstände und sämmtliche Mitglieder anzuregen, alle anderen Centralisationspunkte, welche in dem Aufruf nicht bezeichnet waren, zur Conferenz fertig zu stellen. Also: die einzelnen Mitglieder, sowie die Vorstände berathen darüber, ob in den Vorschlägen August Kapell's nichts vergessen ist, ob nicht auch noch andere Punkte zur Besprechung nützlich sind, — denn August Kapell ist und will mit seinen Vorschlägen nicht unfehlbar sein. — Nachdem auf diese Weise das Material zur Conferenz fertig gestellt ist, wählen die Vorstände einen oder zwei Vertreter zu derselben. Diese discutiren nach bestem Verständniß und geleitet von ihren praktischen Erfahrungen alle Vorschläge und entwerfen alsdann ein Centralisationsstatut, das allen Gewerkschaften unterbreitet wird und nun erst, da es vollständig motivirte Vorschläge sind, deren Nutzen die Mitglieder leicht begreifen, zur Urabstimmung gelangt. So existirt nachher eine bestimmte Vorlage, die früher nicht vorhanden war, und je nachdem sich die Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften bei der Urabstimmung dafür oder dagegen ausgesprochen haben, beschließt dann die nächste Gewerks-Generalversammlung, sich dem Centralisationsverbande anzuschließen oder es nicht zu thun. Die Conferenz der Vorstände bespricht dann womöglich gleichzeitig, in welchem Ort und zu welcher Zeit die nächsten Generalversammlungen der einzelnen Gewerkschaften stattfinden sollen, um dort der Urabstimmung zufolge gemeinsam handeln zu können.

Dies, meine ich, ist der schnellste und praktischste Weg, durch welchen nur allein Erfolge erzielt werden können, während, wenn dies nicht geschieht, Alles halbe, unnütze Arbeit ohne Erfolg wäre, denn eine Hin- und Herschreiberei in den Blättern, sowie eine Urabstimmung ohne genaue, motivirte Vorlage — nur nach Punkten, die von einem Einzelnen ausgehen — können einen sicheren und praktischen Erfolg nicht verbürgen.

Gegen die Bedenken meiner Genossen, daß eine „Conferenz der Vorstände" Mißtrauen erwecken könnte, möchte ich anführen, daß dies doch wohl so ernsthaft nicht gemeint sein kann, denn es wäre ja traurig, wenn die Mitglieder ihren selbstgewählten Beamten in Betreff der Vertretung der Interessen seiner Gewerkschaft mißtrauten. Das müßte ja ein erbärmlicher Beamter sein, der nicht voll und ganz an dem Vortheil seiner Gewerkschaft arbeitete, zu gleicher Zeit aber auch zum Nutzen der gesammten Arbeiterbewegung. Freilich, die Mitglieder könnten vielleicht Mißtrauen hegen, daß der Vorstand aus partikularistischen Interessen von einer solchen Centralisation nichts wissen wollte und sie darum absichtlich verhinderte. Damit aber eine solche Handlungsweise der Vorstände (die ich auch Niemanden zutraue) nicht vorkommen kann, dürfen ja die Mitglieder der Gewerkschaften nur sofort selbst zusammentreten und ihre Vorstände beauftragen, die Conferenz zu beschicken und, so viel es im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung liegt, thätigen Antheil an dem Entwurf eines Centralisationsstatuts zu nehmen. Auf solche Weise zu bestimmten Handlungen seitens der Mitglieder aufgefordert, wird es keinem Vorstande einfallen, dagegen zu handeln.

Die Gewerkschafts-Vorstände sollen ja aus den einsichtsvollsten Mitgliedern zusammengesetzt sein; sie kennen alles der Organisation anklebende Gute und Schlechte am besten; sie haben ferner die beste Gelegenheit, einige Tage abzukommen, da sie doch meistens ganz oder theilweise besoldet sind, und dadurch kosten sie auch wieder nicht so viel Geld, wenn sie reisen, wie Mitglieder, die keinen Posten haben; diese können auch meistens gar nicht abkommen. — Was also die Geldkosten betrifft, so sind diese, dem Zweck der guten Sache gemäß, nicht so bedeutend, und schließlich kann ja mit dieser Reise gleich eine Agitation verbunden werden.

Ich möchte also allen Freunden der Centralisation meinen und meines Bruders Vorschlag dringend empfehlen, und bitte Alle, mit mir thatkräftig für die Verwirklichung dieser Conferenz einzutreten. Die Vorstände der einzelnen Gewerkschaften werden ersucht, baldigst ihren Entschluß, ob sie die Conferenz beschicken oder nicht, an untenstehende Adresse einzuschicken, sowie Material für die Conferenz zu sammeln.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Otto Kapell.

Hamburg, St. Pauli, 2. Erichstraße 7.

19. sächsischer Wahlkreis.

An die Partei- und Gesinnungsgenossen gelangt hierdurch die Nachricht, daß den 28. Oktober d. J. in der Gärtnerei in Lößnitz eine Conferenz stattfinden soll. Als hauptsächliche Tagesordnung ist zu betrachten, die weitere Berathung des früher angeregten Projekts und die Neuwahl des Centralortes. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen (11 Uhr Vormittags) ist dringend nothwendig.

Geyer.

Für das Centralcomité:
C. Demmler. H. Hepmann.

Für Schleswig-Holstein.

Auf mehrere Anfragen zur Kenntnißnahme, daß die Colporteure **Haß** und **Schleiß** nicht mehr für die Partei die Colportage betreiben, daß also das frühere Verhältniß, in welchem dieselben zur Parteileitung standen, aufgelöst ist.

Hamburg. J. A.: C. Derossi. J. Auer.

Briefkasten

der Redaktion. H. in Berlin: Nachdem die bewußte Angelegenheit, welche übrigens rein lokaler Natur ist, bereits in der „B. Fr. Pr." zur Besprechung gelangt ist, halten wir es über überflüssig, dieselbe auch noch im „Vorwärts" zu erwähnen. — M. in Frohburg: Die revidirte Städteordnung enthält in Bezug auf Ihre Frage nichts, das wird wohl Sache des Lokalstatuts sein. — A. St. in Heidelberg: Lesen Sie Bebel's „Bauernkrieg".

der Expedition. W. Kittnau Barmbeck: Sie können durch uns das Gewünschte erhalten. — H. Dke Sprottau: Die „Volksstimme" von Budapest kommt uns nicht zu. So viel uns bekannt, ist es das Organ der dortigen Opposition.

Quittung. Lgs Hannover Ann. 4,20. Arbeiterverein Halle Ann. 1,00. Grßr Wien Ab. 5,10. Ggkr hier Ab. 1,95. Engl Reudnitz Ab. 92,00. Srtg Gotha Ann. 0,80. Albrtz Eßlingen Ab. 10,15. Ufer Apolda Schr. 12,00. Akrchnr Cöln Ann. 1,00. Brnng Delitzsch Ab. 8,60, Schr. 1,78. Snn Lengefeld Schr. 25,80. Kith Warnkenhagen Schr. 0,50. Rm Wandsbeck Schr. 0,50. Chn Mannheim Schr. 0,60. Hn Halberstadt Schr. 0,50. Gtrp Kiel Schr. 1,40.

Fonds für Gemaßregelte.

Von L. Dlngr hier 0,60.

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Querstraße 24.

Im Laufe dieser Woche beginnen neue Kurse im Rechnen, in der deutschen, französischen, englischen und russischen Sprache, im Schönschreiben, in der einfachen Buchführung und Wechselkunde, in Stenographie und im Zeichnen.

Dem Unterricht im Gesang, Turnen, Geschichte, Literaturgeschichte, Stylistik, sowie dem deklamat. Club kann jederzeit beigetreten werden.

Alle Genossen ersuchen wir dies überall genügend bekannt zu machen und dem Verein neue Mitglieder zuzuführen. — Aufnahme jeden Abend von 8½ Uhr an im Vereinslokal, **Querstraße Nr. 24.**

1,30] **Der Vorstand.**

Neueintretende erhalten schon jetzt die Novemberkarte.

Leipzig. **Donnerstag**, den 25. Oktober, Abends ½9 Uhr, im Saale des Hrn. **Michael**, gr. Windmühlenstr. 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Vortrag von W. Hasenclever über „Die Quintessenz des Sozialismus".

80] **Der Agent.**

N. Parteikarten sind vorzuzeigen.

Ottensen. Arbeiter-Verein. **Donnerstag**, den **25. Oktober**, Abends 8½ Uhr, in **Burmeisters Salon**, 1. Treppe:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung und Vortrag. 2. Die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung". [80

Der Vorstand.

Ein **geübter** [1,80

Handschuhmacher-Gehülfe

auf Galanterie-Arbeit findet Beschäftigung bei

A. Matzel, Hamburg, Bleichenbrücke, Platz 27.

Im Verlage der Volksbuchhandlung (früher Rottmaner & Cie) in München ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Dr. **M. Lehn's**

Juristisches Taschenlexikon.

Ein Vademecum für Studirende und Nicht-Juristen zur Orientirung auf dem Gesammtgebiete der Jurisprudenz.

Preis pro Exemplar 1 Mark.

Die Expedition des „Vorwärts".

Für Männer-Chöre.

Im Verlag von **Emil Sauerteig** in Gotha ist erschienen:

Liedersammlung

des Allgemeinen Arbeiter-Sänger-Bundes.

Erste Lieferung.

Inhalt: Nr. 1. **Im Wald.** Gedicht von Geib. Comp. von G. Scholz. — Nr. 2. **Arbeitermarsch.** Comp. von C. Arendt.

Preis für jede Lieferung: Partitur mit 4 Stimmen M. 1,60.
4 Stimmen ohne Part. M. 1,20.

Die bisher in demselben Verlag erschienenen 9 Arbeiter-Lieder sind im besonderen Heft oder auch einzeln zu beziehen. Geb. Partitur mit 4 Stimmen M. 8,50, 4 Stimmen M. 6,50. (2a) [160

Sozialistisches

Central-Wahl-Comité.

Die Sitzungen des Comités finden jeden Dienstag und Freitag Vormittag statt. Briefe für dasselbe sind zu adressiren an die Sekretäre **J. Auer** oder **C. Derossi**, Pferdemarkt 37 III. in Hamburg.

Geldsendungen sind zu richten an **August Geib**, Rödingsmarkt 12 in Hamburg.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Heßig in Reudnitz-Leipzig.
Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.